

Energiepolitik und -wirtschaft in der Großregion

Experten im Streitgespräch

Eine Veranstaltung der Green European Foundation mit Unterstützung der Gréng Stéftung
Lëtzebuerg, gefördert mit Geldern des EU Parlaments

Luxemburg, den 28. Juni 2010

Die Teilnehmer: Zu dem internen Streitgespräch hatte die *Gréng Stéftung Lëtzebuerg* René Winkin, Generalsekretär der FEDIL, und den grünen Europaabgeordneten Claude Turmes eingeladen.

1. Die europäische Energielandschaft im Jahr 2030

René Winkin sieht für die Länder in Europa allgemein, eine stärkere grenzüberschreitende **intelligente Vernetzung** der Energieversorgung, wo die Infrastrukturen in einem offenen Markt besser verbunden sind. **Claude Turmes** ist mit der Prognose einverstanden, dass die Energiepolitik bis 2030 europäischer sein wird und die Infrastrukturen stärker vernetzt. „Bis 2050 kann dieses System so ausgebaut werden, dass die Energieversorgung zu 100 Prozent auf erneuerbarer Energie basiert – für den Stromsektor ist das sogar schon bis 2040 möglich.“

Dem entgegnet René Winkin, dass er es grundsätzlich für schwer hält, genaue Prognosen zu machen, „das grenzt dann immer etwas an Kaffeesatzleserei.“ Er sei, was die erneuerbaren Energien angeht, nicht so optimistisch wie Claude Turmes, außer der Energieverbrauch bei den Privathaushalten stabilisiere sich endlich. Der gibt ihm in diesem Punkt Recht, zu allererst müsse etwas bei der **Energieeffizienz** getan werden: „Am Beispiel der Elektromobilität zeigen sich die Vorteile sehr deutlich. In Frankreich werden für unsinnige elektrische Heizungen jährlich insgesamt 60 Terrawattstunden benötigt, während nur die Hälfte der Energie ausreichen würde, damit alle französischen Autos mit Strom fahren könnten.“

Auf die Frage, ob die **europäische Industrie eine gemeinsame Energiestrategie** habe, antwortete René Winkin: „Ich denke, das sieht die Industrie als Energiekonsument anders als die Energiewirtschaft. Es gibt ausreichend Kohlereserven in Europa, die auch 2050 nicht erschöpft wären. Hier ist nicht die Ressourcenknappheit sondern der Klimawandel der eigentliche Sachzwang: Es wird teurer Kohle als Energiequelle zu nutzen, weil man entweder

Emissionszertifikate kaufen oder in die unterirdische Speicherung von CO₂ (CCS) investieren muss.“ Beim Ölverbrauch rechne die Industrie mit einem langsameren Rückgang.

Die spannende Frage ist in Winkins Augen, ob die Energiewende durch politisches Eingreifen erreicht werden kann, bevor die Ölknappheit spürbar wird – „was womöglich das bequemere Szenario ist“. Andernfalls regle der Energieverbrauch sich auf die schmerzhaftere Weise über das Spiel der Preise. „Aber ich weiß nicht, ob die erste Option umsetzbar ist. Denn auch wenn wir das hier in Europa umsetzen wollten, wäre das in anderen Teilen der Welt nicht der Fall und wir werden uns dem Geist der Zeit fügen müssen.“

Letztlich hinge die langfristige Entwicklung der Energiewirtschaft von wie vielen – meist politischen – Faktoren ab, weshalb René Winkin es schwer findet, heute einen Trend zu prognostizieren. Auch bei der **Atomenergie** sehe man das: „Schweden beispielsweise war traditionell ein Atomgegner, möchte jetzt aber Atomkraftwerke bauen. Und wenn es keine größeren Zwischenfälle gibt, kann ich mir vorstellen, dass auch in anderen Ländern in den nächsten Jahren neue Atommeiler ans Netz gehen.“ Claude Turmes hingegen glaubt nicht, dass noch neue Kraftwerke gebaut werden: „Das Thema ist ein zu großes Politikum, als dass sich Investoren finden würden. Zudem dienen Atomkraftwerke in Zukunft in einem Netz mit erneuerbaren Energiequellen vermehrt nur noch als Grundlastwerke, weshalb sich ihr Betrieb immer langsamer amortisiert.“

2. Energie in Luxemburg

2.1. Entwicklungen bis 2030

René Winkin ist überzeugt, dass Luxemburg auch 2030 noch stark von ausländischer Energieproduktion abhängen, gleichzeitig aber auch mehr selber produzieren wird. Bei der Produktion eigener erneuerbarer Energien sieht er das größte Potenzial bei der **Biomasse**. Die Landwirtschaft könne sich durch die energetische Verwertung ihrer Abfälle ein zweites Standbein im Energiesektor aufbauen können und bis 2030 ein flächendeckendes Netz von Biomasseanlagen entstehen. René Winkin versichert, dass mit der verstärkten Nutzung von Biomasse zur Energieproduktion, nicht der Nahrungsmittelanbau verdrängt, sondern primär in zwei Bereichen bisher ungenutzte Biomasse aus der Landwirtschaft genutzt werden soll. Erstens die Nutzung von Gülle: „Heute müssen die Bauern ihre Gülle lagern, während der langen Zeit, wo sie nicht auf die Felder darf. Diese Lagerung sollte in Zukunft einfach in einer Biogasanlage gemacht werden.“ In einigen Bereichen werden die Bauern dazu ermutigt, ihre Produktion zu drosseln oder Ackerflächen brach liegen zu lassen – „diese sollten sie für die Industrieproduktion nutzen.“ Und dann gebe es noch die Abfälle aus landwirtschaftlicher Überproduktion, sowie das Holz aus den Wäldern und Klärschlamm.

Als zweite Quelle erneuerbarer Energien neben der Biomasse müssten die heute bereits installierten **Windanlagen** technisch aufgerüstet und vergrößert werden, sowie neue Standorte dazu kommen. Schließlich würden vielleicht noch zusätzliche **Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen** gebaut und im Gebäudesektor der Anteil von **Niedrig-Energie-Häusern** wachsen.

Die große Frage sei, so Winkin, welche Industrien es 2030 noch in Luxemburg gebe: „Heute haben sie einen Anteil von jeweils 50 bis 60 Prozent am Strom- und Gasverbrauch. Bleiben die gleichen Akteure am Standort, wird dieser Posten weiterhin ins Gewicht fallen.“ Ob das prominenteste Unternehmen, Arcelor-Mittal, noch Anlagen in Luxemburg haben wird, hinge auch davon ab, wie günstig es Energie erhält: „Frankreich betreibt seine Energiepolitik heute bereits als Industriepolitik und bietet dem Stahlkonzern die Zugangsmöglichkeit zu billigem Strom – ob wir da mithalten können, bleibt abzuwarten.“ Ein Trend, den Winkin erwartet, ist die Entwicklung der **luxemburgischen Industrie in Richtung einer verstärkten Ansiedlung hochtechnologischer Betriebe, die wenige, spezialisierte Arbeitskräfte brauchen und gleichzeitig sehr energieintensiv sind** – „das extremste Beispiel sind die Data Center, die jährlich pro Anlage bis zu 30 Gigawattstunden verbrauchen, aber kaum Personal beschäftigt. Wollen wir solche Betriebe anziehen und halten, müssen wir unbedingt Versorgungssicherheit garantieren können und deshalb dafür sorgen, dass wir an die großen europäischen Stromleitungen angeschlossen werden.“

2.2. Hindernisse für die Energiewende

Zur Frage, weshalb es in Luxemburg scheinbar eine **Blockade bei der Energiewende** gibt, weil immer erst darauf gewartet wird, bis die Sachzwänge groß genug sind, anstelle diese durch präventives Handeln abzuschwächen, meint Claude Turmes: „Mein Eindruck ist, dass Luxemburg sich allgemein schwer damit tut, sich mit langfristigen Zukunftsprognosen auseinanderzusetzen, das sieht man ja auch in Debatten über Renten- oder Gesundheitskassen. Ein anderes Problem ist die Abwesenheit einer umfassenden, klaren Strategie – Luxemburgs Entscheidungsträger gehen vielmehr davon aus, dass das kleine Land sich an den großen Herausforderungen, wie dem Peak Oil, vorbei wurschteln kann.“

Dann beuge man sich auch zu schnell den Widerständen beispielsweise von der Industrie-lobby, weil die Sachlage nicht fein genug analysiert würde, um dann sowohl kurzfristige Wettbewerbsfähigkeit als auch langfristige Nachhaltigkeit zu garantieren.

Schließlich hapere es bei der Umsetzung von politischen Erklärungen, wenn diese denn dann Mal zustande kommen: „**Es fehlt ganz eindeutig an professionellen Transmissionsriemen, insbesondere im Umweltbereich.**“ Ein solcher Transmissionsriemen müsse aus Experten bestehen, die sowohl in den Verwaltungen, der Privatwirtschaft oder den Verbänden für die Umsetzung politischer Zielvorgaben in konkrete Handlungsschritte zuständig sind. Ein Beispiel sei der Klimapakt im Herbst 2010, „denn wenn man nicht will, dass das eine Show ohne konkrete Folgen wird, dann müsste eine Art Sekretariat für jeden Themenbereich eingerichtet werden, der die Arbeitsschritte festhält und für die anschließende Umsetzung der Lösungsvorschläge sorgt.“

René Winkin glaubt nicht, dass in Luxemburg jemand die Wende zu mehr Energieeffizienz bremst, denn keiner habe daran ein Interesse. Jedoch gibt er Claude Turmes in seiner Einschätzung Recht, „dass viele gute Ideen gar nicht, oder häufig etwas flapsig umgesetzt werden. Wir hinken bei politischen Entscheidungen den Entwicklungen im Ausland oft hinter her, obwohl wir das Know-How im Land hätten.“ Der Grund dafür sei, dass es **zu wenig Experten in den Ministerien** gebe „und diese ständig alles ‚outsourcen‘, sobald ein etwas komplizierteres Thema ansteht. Hier müsste **mehr eigenes Know-How** entwickelt werden.“ Auch Claude Turmes hält solche Studien für „einen riesigen Fehler. Der Staat sollte bei Studien in Bereichen, wo wir kein Know-How haben, immer eine Kooperation zwischen einem externen Experten und einem aus der Großregion, damit wenigstens danach das nötige Wissen vorhanden ist.“

2.3. Luxemburg als Eco-Tech-Standort

Ein prominentes Beispiel für externe Expertisen ist die **Arthur Andersen-Studie** über das **Potential Luxemburgs sich als Eco-Tech-Standort zu profilieren**. René Winkin zeigt sich gegenüber diesem Ziel kritisch: „Der Trugschluss bei der Andersen-Studie war meiner Meinung nach, dass wir einen Umwelttechnologiestandort in Luxemburg nicht schaffen können, allein durch die Nachfrage im eigenen Land. Das ist höchstens im Bausektor möglich.“ Die Industriebranche unterstütze die Idee Luxemburg als Eco-Tech-Standort zu profilieren zwar grundsätzlich, **aber in den bestehenden Betrieben schlummere kein riesiges Potenzial**: „Beispielsweise Paul Würth könnte in Umwelttechnologien investieren, hat aber bereits grössere Rückschläge in diesem Bereich hinnehmen müssen: einmal in den 70ern mit einer Technologie zur Energieproduktion aus den Verbrennungsanlagen und auch die rezentere Primorec Anlage konnte nicht den erwarteten Erfolg bringen.“¹ Ansonsten gebe es noch ein paar kleine Metallkonstruktions- und Maschinenbauunternehmen und Betriebe die Biomasseanlagen aufbauen können. Wollten wir einen seriösen Eco-Tech-Sektor müssten wir es so machen wie in den 80ern und massiv Investoren aus dem Ausland holen. **Aber René Winkin glaubt prinzipiell nicht so sehr an die dekretierte Entwicklung von Sektoren**, „außer vielleicht im Finanzsektor, weil ich da eine Fiskalnische schaffen kann.“ Für einen Umwelt-

¹ Die Primorec S.A. wurde 2001 von Paul Würth, der Société Nationale de Crédit et d'Investissement und Profilarbed gegründet, um den ersten Industrieofen mit der PRIMUS-Technologie zu bauen. Die Technologie erlaubt es, Staub und Ölschlamm aus den Stahlwerken zu recyceln.

technologiesektor könnten höchstens „weiche“ Faktoren beeinflusst werden - „die Politik kann also beispielsweise ein attraktives Forschungsumfeld schaffen, durch die gezielte Förderung bestimmter Bereiche an der Universität.“

Die Frage, ob der **Wirtschaftsminister bei Prospektionsreisen den Umweltsektor vernachlässige**, verneint René Winkin: „Bei diesen Reisen wartet man ab, wer auf einen zukommt und sich für Luxemburg interessiert. Luxemburgische Betriebe haben so in letzter Zeit vor allem Kapitalgeber aus China und Russland gefunden – aber es will kaum noch jemand eine neue Fabrik in Luxemburg bauen.“ Wenn Luxemburg mehr Firmen im Umweltsektor anziehen wolle, solle die Strategie eher sein, dass „wir viel aggressiver auf Forscher zugehen, beispielsweise gibt es ein sehr interessantes Institut in Norddeutschland, wo Wissenschaftler an der Herstellung von Biotreibstoff aus Algen arbeiten. Solche Leute könnten aggressiv angeworben und hier finanziell und infrastrukturell unterstützt werden – besonders dann wenn sich aus den Forschungsergebnissen eine Produktionstätigkeit ergibt.“

2.4. Kompensationsfonds

Ein Streitthema im luxemburgischen Energiesektor ist der **Kompensationsfonds**, in den Firmen einen Ausgleich einzahlen und aus dem Preisboni für erneuerbare Energie und Strom aus Kraftwärmekopplung gezahlt werden. Claude Turmes findet der Fonds müsse überdacht werden: „Für die energieintensive Industrie sollte er durch Ziele ersetzt werden, die den Anteil erneuerbarer Energien in ihrem Verbrauch vorgibt und kompatibel mit nationalen Zielen sind.“ Dann könnten diese Firmen sich in Eigenregie eine Strategie ausarbeiten und die billigsten Potentiale bei den Erneuerbaren einkaufen. Heute hingegen laufe es so, dass der Kompensationsfonds durch die Industrie einen Deckel aufgesetzt bekomme und insgesamt nicht mehr für die erneuerbare Energien getan werde. René Winkin ist mit der Forderung nach mehr Eigengestaltungsmöglichkeit für die Industrie einverstanden: „In unserer Stellungnahme zum Liberalisierungsgesetz Ende der 90er, haben wir genau das gefordert! Unser Argument war, dass wir als Industrie nicht für eine ineffiziente Förderpolitik der luxemburgischen Regierung im Bereich Kraft-Wärme-Kopplung aufkommen wollen. **Wenn jemand Anstrengungen von uns fordert, wollen wir sie auch selber machen können.**“ Tatsächlich sei es heute auch so, dass die Industrie mehr in Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien investiere, als es durch den Kompensationsfonds getan werde, „trotzdem muss sie in den Fonds einzahlen, was als ungerecht empfunden wird, da man einen doppelten Beitrag leisten muss.“ Zudem richteten die Subventionen aus dem Kompensationsfonds sich nicht nach Effizienzkriterien – am höchsten seien diese für ineffiziente Anlagen, wie zum Beispiel KWK bei Schulen, hier könne aber viel weniger Energie gespart werden als in der Industrie, die Tag und Nacht Hitze braucht: „Hier wird Geld aus dem Fenster geworfen!“

3. Der Green New Deal in der Großregion

3.1. Ziele und Wege

Zwei Bedingungen wären zu erfüllen, so Claude Turmes, um den Übergang zu 50 Prozent erneuerbare Energien bis 2050 zu schaffen: „Es muss unbedingt ein Bewusstsein für unsere aktuelle Lage geschaffen werden, sonst verhalten wir uns weiterhin wie ein Krebspatient, der sich verweigert die Diagnose anzuerkennen. **Indikatoren, wie der ökologische Fußabdruck sprechen eine klare Sprache** und das sollte heute keiner mehr ignorieren können. Dann muss der Staat professioneller arbeiten und dafür sorgen, dass die Schnittstellen zwischen den Akteuren hergestellt werden und diese direkt auf die Großregion ausrichten.“ Dem entgegnet René Winkin, dass „ein **Bewusstseinswandel nicht unbedingt ausreicht, weshalb eine gute Portion Orientierungshilfe durch Reglementierung nötig sein wird.** Wir müssen den Leuten sicherlich mehr abfordern, denn es kann auch nicht alles durch fördern per Subventionen passieren.“

Was Energiefragen angeht, meint Claude Turmes, „schlummern in der Großregion viele Potentiale, vor allem im Stromsektor“. **Erste Priorität solle die Energieeffizienz haben:** Hier

müssten hohe Standards für Gebäudebau und -sanierung gelten. Denn, so Turmes, „wenn die Großregion hohe Maßstäbe bereits früher einführt als von der EU gefordert, kann sie damit eine Spielwiese für den Bau von sehr innovativen Gebäuden und Renovierungsmethoden schaffen. Im Bereich Effizienz müsste auch eine großregionale Plattform für den gesamten Transportsektor geschaffen werden – was ein riesiges Feld ist und wo enormer Handlungsbedarf besteht.“ **Der zweite wichtige Bereich sind in Turmes' Augen die erneuerbaren Energien**, wo es ein substanzielles endogenes Potential gebe und Investitionen in Biomasse, Wind und Solar fließen müssten. Seiner Meinung nach könne die endogene Produktion 2030 bis zu 35 Prozent des Gesamtstrombedarfs decken.

Während René Winkin berichtet, dass „die **Automobilindustrie** für 2030 auf jeden Fall damit rechnet, dass im Transport das Öl immer noch die primäre Energiequelle sein wird, weil auch Agrotreibstoffe den Bedarf nicht decken“, kann Claude Turmes sich durchaus vorstellen, dass „der Transportsektor bis 2030 zum Großteil auf Elektromobilität umgestellt wird.“ Schwierig werde es bei Lastwagen- und Flugverkehr, wo es heute noch keine umweltverträgliche Patentlösung gebe und „Agrotreibstoffe sicherlich keine gute Lösung sind.“

Der Europaabgeordnete meint, dass in den Bereichen der Effizienz und der erneuerbaren Energien in den nächsten Jahren noch viel Innovation und hohe Erneuerungsraten nötig sind – „der Green New Deal ist in dem Sinn für von konventionellen Konsumgütern komplett saturierten europäischen Markt auch eine Lücke. Wir können auch mit Blick auf globale Gerechtigkeitskriterien in Europa nicht immer mehr Konsumieren, weshalb unser Wachstum sich auf eine Grunderneuerung unserer Infrastrukturen stützen sollte.“

„Das **dritte Standbein ist Erdgas**“, so Turmes, „das eine wichtige Übergangsfunktion haben wird“. In Luxemburg gab es bereits eine massive Umstellung auf Gas und das Saarland werde womöglich noch in der laufenden Legislaturperiode den Ausstieg aus der Kohle besiegeln.

3.2. Die Großregion in einem europäischen Stromnetz

Ein vierter Bereich, dessen Wichtigkeit Claude Turmes als Bestandteil der Energiewende hervorhebt, betrifft die **Infrastruktur**: „Die Großregion muss sich unbedingt im europäischen Kontext darum bemühen bei den Vernetzungsvorhaben zwischen großen Windlagen und nächtlichen Stromabnehmern, also Industrien und Speicherwerken, nicht außen vor zu bleiben. Das heißt: Wie positionieren wir die Großregion in den nächsten Jahren mit ihrem nächtlichen industriellen Strombedarf beim Bau der großen **transeuropäischen Gleichstromleitungen**?“ Da in Zukunft immer mehr Windenergie ins Netz gespeist werde, erhalte das „Balancing“, also die Regulierung des Stroms innerhalb des Netzes, eine enorme Bedeutung und „daran müssen wir uns als Abnehmer von überschüssigen Nachtstrom beteiligen. Wir müssen im Detail klären, wie viel Strom hier in der Nacht über die großen Kabel, von denen eines am Rhein entlang Richtung Schweiz und ein anderes durch Holland und Belgien bis nach Liège gelegt werden soll, potentiell hingeleitet werden könnte. Nicht dass die Kabel wie die großen Zugtrassen die Großregion am Ende umlaufen. Luxemburg sollte sich über die Großregion als starker Akteur gegenüber Frankreich, Belgien, Holland und Deutschland – also innerhalb des so genannten „marché pentalatéral“ – behaupten, sonst diktieren sie die Regeln.“

Zur Frage, ob **die Großregion in der Energiepolitik als starke Interessengemeinschaft auftreten könne**, meint René Winkin: „Ich finde diese **Grenzziehung etwas künstlich** und zu eng. Kooperation brauchen wir mit unseren Nachbarländern sicher in ganz vielen Bereichen, aber es hat wenig Sinn an den Grenzen der Großregion Halt zu machen.“ Er glaubt daher nicht unbedingt daran, „dass die Großregion durch politischen Willen zu dem maßgeblichen Referenzrahmen wird – vielleicht auch, weil es bisher noch keine wahren Erfolgsgeschichten gibt.“ Der über unsere nationalstaatlichen Grenzen hinaus relevante politische Rahmen ist in seinen Augen die EU.

Es gebe aber durchaus Bereiche in denen eine regionale Kooperation wegen der geographischen Nähe sinnvoll sei – „bei den öffentlichen Forschungszentren (CRP), den Universitäten

und ganz besonders im Handwerksektor“. Im Industrie- und Energiesektor hinge Luxemburg natürlich in einem großregionalen Netz, aber eigentlich gingen die Verbindungen häufig über diese Grenzen hinaus. Und natürlich gibt es bei verschiedenen Themen – seien dies die Stromleitungen oder FRET-Zugstrecken – den Bedarf besonders mit den Benelux-Staaten eine Interessengemeinschaft zu gründen. Aber auch dann nimmt er die Zielsetzung als spezifisch luxemburgische **Standortpolitik** wahr – „wir verteidigen da nicht unbedingt die Interessen der Großregion. **Wir sagen oft Großregion, meinen aber Luxemburg.** Nimmt man das Beispiel des TGV: Durch große europäische Projekte kommt eine Zugstrecke irgendwo in die Großregion – und dann beginnt hier ein Konkurrenzkampf um die schöne, große Infrastruktur.“

3.3. Energiewirtschaft und Industrie in der Großregion

Für Turmes hätte Enovos das Potential **als private transnationale Firma die europäische Politik in Richtung Energiewende mit zu gestalten.** Leider nutze der Staat die positiven Nebeneffekte, die Enovos für Luxemburg und die Großregion bringen könnte, bisher nicht und habe sich bis heute keine Strategie gegeben, „was er mit Enovos eigentlich erreichen soll. Dann wird man irgendwann ferngesteuert durch die extrem professionellen Experten von RWE und Eon, die mit im Verwaltungsrat sitzen.“

Dass das Potenzial von Enovos für die Umstellung auf erneuerbare Energien in Luxemburg und der Großregion bisher nicht ausgeschöpft würde, sieht auch René Winkin und stellt fest: „So viel wie Enovos in erneuerbare Energien investieren, könnten wir hier gar nicht verbrauchen. Unsere Sorge ist eher, dass luxemburgische Betriebe davon nicht ausreichend profitieren. **Enovos, aber auch andere Akteure investieren momentan vor allem in Fonds für Großprojekte im Ausland – Luxemburg hat dann aber nichts mit den involvierten Umwelttechnologien zu tun.** Da könnte man sich gezielt dafür einsetzen, dass luxemburger Know-How mit eingebracht werden soll. Aber da fehlen zu oft die Verbindungen zwischen den Investoren und den entsprechenden Betrieben.“

Claude Turmes sieht die **Politik in der Pflicht die Industrie in der Großregion im Sinne des Green New Deal zu gestalten:** „Wir brauchen die Großregion um eine kritische Masse zu haben und konkret sehe ich folgende Aufgabe für die Politik: Sie sollte eine Bestandsaufnahme machen und drei bis vier Kernbereiche auswählen. Für mich wäre das an erster Stelle die Ressourceneffizienz, dann die endogen verfügbaren erneuerbaren Energien und schließlich die Elektromobilität, wo wir ein breites Konzept zur Verbindung von öffentlichem und Individualverkehr brauchen und neue Software entwickelt werden muss.“ Beim Beispiel der Software-Entwicklung, „wo viele Investitionen getätigt werden, weil intelligente Stromnetze komplexe Softwareanwendungen benötigen“, meint er, hier könne die Großregion von dem in Luxemburg bereits erprobten „**Ferrero-Effekt**“ profitieren: „Ferrero testet neue Produkte in Luxemburg, weil es nah am deutschen und frankophonen Markt ist. Neue Software könnte also auch besonders gut in der Großregion getestet werden.“

Gegenüber einer dekretierten großregionalen Industriepolitik gibt René Winkin sich jedoch skeptisch und äußert prinzipielle Bedenken: „Ich finde, man muss vorsichtig sein, wenn es um die Frage geht, was Politik kann und was nicht. Sie kann Rahmenbedingungen verbessern und Infrastrukturen schaffen, sie kann Anreize bieten, aber nicht die Entstehung und Ausrichtung von Unternehmen erzwingen.“ Als Beispiel nennt er „1,2,3 Go“, ein Netzwerk, das Unternehmensgründern in der Großregion unterstützt. Eine solche Initiative funktioniert nicht, „weil ein Politiker das gerne hätte, sondern weil Menschen Ideen haben und ein Unternehmen gründen wollen. Die Politik kann dann helfen, wenn deutlich wird, wie kompliziert sich die Unternehmensgründung im Rahmen der Großregion gestaltet.“

Claude Turmes sieht hier trotzdem **politisches Gestaltungspotenzial:** „Natürlich ist vieles im Wirtschaftsleben Zufall, aber die Politik kann die Entwicklungen auf jeden Fall kanalisieren. **Im Fall der Großregion geht es vor allem darum, die notwendige Vernetzung herzustellen.** Sie sollte so etwas wie '1,2,3 Go' sollte im Bereich der Eco-Technologien lancieren.“ Mit der Forderung, die Politik solle sogenannte „Green Business Angels“ anlocken (also Investoren, die Leuten mit guten Ideen helfen, einen Businessplan auszuarbeiten und ein

Startkapital zur Verfügung stellen), ist auch René Winkin einverstanden: „Wichtig wäre es, systematisch Investoren ins Land zu holen, die für die Betriebe als Mittler fungieren und Investitionshemmnisse in Effizienz und erneuerbare Energien aufzuheben. Viele Betriebe und Projektträger haben für diese Investitionen kein Budget.

So verhält es sich ebenfalls im Bereich der Effizienzsteigerung bei bestehenden Betrieben. Neue Maßnahmen bleiben oft auf der Strecke, weil die benötigten Budgets fehlen, auch wenn die Maßnahmen sich sicher und sogar recht schnell amortisieren. Für die Investoren würde es in dem Fall lohnen, wenn sie über Contracting während zwei bis drei Jahren das Geld bekommen, das der Betrieb ansonsten für seine Stromrechnung gezahlt hätte.“